

Gibt es noch eine Außenpolitik?

VON JOSEF JOFFE

Zwei Debatten – um 14 Chilenen und 72 *Pershing IA* – symbolisieren in diesem Sommer den Zustand der bundesdeutschen Außenpolitik. Vordergründig geht es in der einen um das moralische Selbstverständnis der Republik, in der anderen um ihre militärische Sicherheit – also um die beiden großen Streitfragen aller Außenpolitik. In Wahrheit aber ging es – leider – um weniger, geriet der Streit zur Provinzposse, wurden zwei Kernprobleme der Außenpolitik nicht so sehr debattiert als instrumentalisiert. Wo große Fragen auf große Antworten, zumindest aber auf Aufklärung harrten, wurden statt dessen kleine Münzen geschlagen, um damit innenpolitischen Profit zu erwirtschaften.

Daß bei der Folter das Wort von der „unfeinen“ Behandlung fiel, wird einer der bedeutendsten Gestalten der deutschen Nachkriegspolitik noch bis an sein Lebensende nachhängen. Freilich stand der moralischen Verwirrung auf der einen Seite die gedanklich-politische auf der anderen entgegen. Dort wurde der Kampf für die Menschenrechte zur universellen Maxime der Außenpolitik erhoben – überall und immerdar. Es kann keinen Streit darüber geben, daß die Menschenrechte geheiligtes Prinzip sind. Nur geht es in der realen Politik auch um das „Wie“, und da entpuppen sich Kantsche Kategorial-Imperative rasch als quälende Dilemmas.

Vorwurf des Opportunismus

Wer die Menschenrechte zur obersten Richtschnur macht, der muß ihnen alle anderen Werte unterordnen. Er müßte sich zuvorderst an den Jahresbericht von Amnesty International halten, wo zwischen A (wie Afghanistan) und Z (wie Zaire) nur ein paar Handvoll Länder ohne schmutzige Hände übrigbleiben. Will er sich nicht den Vorwurf des Opportunismus einhandeln, muß er alle Sünden wider die Menschenrechte gleichermaßen verdammen – die Chilenen zusammen mit den Sowjets, die Südafrikaner zusammen mit den Iranern, die – von der Welt fast unbeachtet – ihre Bahai-Minderheit grausam verfolgen. Wie aber steht es dann um andere Werte – etwa den Frieden, von dem viele meinen, daß „ohne ihn alles nichts ist“? Bleibt es bloß bei der verbalen Verdammung – oder sind wir auch bereit, mehr gegen die Menschenschinder einzusetzen, etwa Sanktionen oder gar Gewalt? Bei den meisten unserer „Ansprechpartner“ zögern wir schon mit den Worten, weil sie diese als Waffe empfinden und dann Vergeltung üben, wo die Bundesrepublik verwundbar ist – durch Entspannungszug, Import-Blockade oder auch Terror. Nach einer heftig umstrittenen Iran-Reise warnte denn auch Willy Brandt 1972 davor, „am eigenen Wesen die Welt genesen lassen zu wollen. Unsere Außenpolitik und die Vertretung unserer außenwirtschaftlichen Interessen müssen frei bleiben von ideologischen Vorurteilen. Wir wünschen nicht, daß man sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischt. Das muß dann auch ein Grundsatz sein, an den sich unser Staat im Verhältnis zu anderen hält.“

Es ist leicht, die Flagge der Empörung aufzupflanzen und dem innenpolitischen Gegner seine

moralische Blindheit vorzuhalten. Doch ist Selbstgerechtigkeit der schlechteste Ratgeber, weil die reale Politik mit einem ewigen Trilemma fertig werden muß: zwischen Macht, Interesse und Moral. Eine amoralische Politik verkommt zum Zynismus, und davon hat dieses Land vor nicht so langer Zeit ein mörderisches Übersoll produziert. Doch gebührt Skepsis denen, die vorgeben, bloß der Moral zu dienen. Tun sie es, dann sind sie keine wirklichen Politiker. Sind sie aber Politiker, dann verfolgen sie Interessen, zumal in einer Demokratie, wo ohne Stimmenmehrheiten „alles nichts ist“. Hüten wir uns auch vor denen, die so tun, als müsse die Moral der Macht keinen Tribut entrichten. Derlei Pose verkommt zur billigen wie leeren Geste, fehlt ihr doch das Augenmaß und die Durchsetzungskraft, welche die Gesinnungsgebärde von verantwortlichem politischen Handeln unterscheiden. Die Bundesrepublik ist

keine Supermacht; sie ist weder fähig noch willens, die Schutzmacht aller Entrechteten zu sein.

Was aber Bonn für die Menschenrechte wirklich tun soll und kann: Diese Frage ist in den kläglichen Händeln – vordergründig um die 14 Chilenen, in Wahrheit aber ums parteipolitische Kleingeld – ebenso gründlich ur ergangen wie der diesjährige Sommer in der Regenflut. Daß sie auch bei der Abrüstung keine Supermacht ist, mußte die Bundesrepublik in diesem Sommer ebenfalls erfahren – und nicht zum erstenmal. Wie immer man auch zur Schicksalsfrage des Atomaren steht, ist ein Faktum nicht von der Hand zu weisen: Spätestens seit Reykjavik war die Regierung Kohl nicht mehr Subjekt, sondern Objekt der Weltpolitik – ein Akteur, der vor den Supermächten von einer Rückzugsposition zur anderen hastete, ohne dabei Zeit, geschweige denn Optionen zu gewinnen.

Was Wunder, daß sich das vorläufig letzte Gefecht an den 72 deutschen *Pershing IA* festtraf? Es ist ein müßiger Streit, weil diese Raketen wegen Altersschwäche ausgemustert werden, bevor noch die letzten sowjetischen *SS-20*, so es zum Vertrag kommt, abgewrackt worden sind. Und doch verbirgt sich dahinter eine größere Misere: die wachsende Unfähigkeit der Republik, eine Sicherheitspolitik zu artikulieren, die über das bloße parteipolitische Gezänk hinausginge. Während die eine Seite Rückzugsgefechte als Strategie-Ersatz anbietet, tut die andere (inklusive Teile der Koalition) so, als wäre alle Abrüstung schon ein Mehr an Sicherheit. Tatsächlich aber gilt auch hier, wie in der Frage der Menschenrechte, was Max Weber die „geschulte Rücksichtslosigkeit des Blicks in die Realitäten des Lebens“ genannt hat.

Eine Realität ist, daß die Supermächte in Genf nur über drei Prozent ihrer Arsenale verhandeln, über ein Potential, das die Amerikaner nicht treffen und dessen Abbau die Sowjets nicht daran hindern kann, Westeuropa mit einem Überfluß an anderen Mitteln atomar zu verwüsten. Eine andere Realität ist, daß England und Frankreich ihren eigenen Atomschirm besitzen (den sie nicht teilen können), die Bundesrepublik aber auf Abschreckung *made in USA* angewiesen bleibt.

Die dritte ist, daß sich die Europäer die amerikanischen Atomwaffen in den 50er Jahren nicht als Beiwerk ins Land geholt haben, sondern weil sie nicht willens waren, die naturgegebene geographisch-konventionelle Überlegenheit der UdSSR ohne den Fluch des Atomaren auszugleichen.

Kühl kalkulierte Sicherheit

Daraus folgt, daß diese oder jene „Null-Lösung“ nicht unbedingt identisch mit einem stabilen Gleichgewicht sein muß, schon gar nicht in Europa-Mitte, das die größte Truppenkonzentration aller Friedenszeiten beherbergt, von den „kleinen“ Atomwaffen (über die in Genf nicht verhandelt wird) ganz zu schweigen. Eine kühl kalkulierte Sicherheitspolitik, die sich nicht in Blockade oder Euphorie erschöpft, hätte das Problem der „kommunizierenden Röhren“ spätestens seit Reykjavik erkennen, mithin die Frage attackieren müssen: Wie kann mit weniger Atomwaffen ein Ausgleich der konventionellen Überlegenheit erzeugt werden?

Gewiß soll niemand, der den Abbau des amerikanischen Engagements fürchtet, den Wert von Ostpolitik und Entspannung, sprich: Rückversicherung, unterschätzen. Gerade für den Machtlosen schafft auch Diplomatie Sicherheit. Doch ohne eine gute Versicherungspolice im Westen funktioniert auch die beste Rückversicherung im Osten nicht. Überdies haben die Deutschen noch nie eine glückliche Hand bei einer „Politik der Mitte“ bewiesen – von Friedrich dem Großen über Bismarck bis Stresemann. Konrad Adenauer hatte 1954 so unrecht nicht, als er warnte: „Deutschland darf nicht zwischen die Mühlsteine geraten; dann ist es verloren.“ Indes hatte der Gründervater ein strategisches Konzept, seine Enkel (zur Rechten und zur Linken) trächen Innenpolitik.